

Gemeinsam gegen Faschismus und Rassismus

Naziaufmärsche verhindern!

In Köln und anderswo!

¡No pasaran!

Die Neonazis und FaschistInnen wollen heute in Köln wieder auf die Straße gehen. Sie wollen ihre menschenverachtenden, rassistisch-faschistischen Parolen auf der Straße brüllen. Ihre Ideologie kostete im letzten Jahrhundert vielen Menschen das Leben. Auch seit der "deutschen Wiedervereinigung" kostete/kostet diese Ideologie durch Schlägertrupps auf der Straße und durch geistige TäterInnen in den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft (vor allem in den Parlamenten) mehreren hundert Menschen das Leben.

Bei dem Verbrechen des Nationalsozialismus im vorigen Jahrhundert hat u. a. das Überlassen der Straßen für die Propaganda und Gewalt der rechten Schlägertrupps eine wichtige Rolle gespielt. Deswegen werden wir die Fehler nicht mehr wiederholen: Wir werden dem faschistischen Mob die Straße nicht überlassen!

Pseudo-Antifaschismus der "Anständigen"

Es scheint so, dass die herrschenden PolitikerInnen dieses Landes und das Kapital den Antifaschismus für sich entdeckt haben. Als die antisemitischen Angriffe sich vermehrt haben. Die "anständigen" Damen und Herren haben sich auf den Weg nach Berlin gemacht, um das Ansehen Deutschlands zu retten. Was sie da veranstaltet haben, war im wahrsten Sinne des Wortes *Heuchelei*! Es gibt tatsächlich nicht so viele Unterschiede zwischen dem faschistischen Mob, der Menschen auf der Straße jagt und dem Abschiebeminister-Schily, der MigrantInnen und Asylsuchenden von den deutschen Straßen "wegfegt". Die Logik der "nützlichen und nutzlosen MigrantInnen" eines Herrn Beckstein unterscheidet sich von der anderer "anständiger" Deutschen nicht, die "Schmarotzer" (gleichbedeutend in der faschistischen Sprache mit MigrantInnen, Obdachlosen, Behinderten usw.) beseitigen wollen. Auch zwischen dem selbsternannten "Kulturwissenschaftler" Herrn Merz mit seiner "deutschen Leitkultur" und der Durchsetzung der sogenannten "national befreiten Zonen" gibt es einen nur graduellen Unterschied: einer sagt es und die anderen setzen es durch.

Wir müssen natürlich mit möglichst vielen Menschen den Rassismus und Faschismus bekämpfen, aber nicht mit solch zynischen Damen und Herren. Wir müssen vielmehr gegenüber diesen "Anständigen" eine Grenze ziehen, damit wir einen erfolgreichen Antifaschismus praktizieren können. Deswegen ist unser antifaschistischer Kampf auch gerade gegen diese AnstifterInnen des Rassismus und Faschismus gerichtet.

Verbote reichen nicht!

Die staatstragenden Parteien und auch einige AntifaschistInnen aus linken Kreisen fordern ein Verbot der NPD und anderer neonazistischer und faschistischer Organisationen. Wir teilen diese Forderung nicht,

- weil wir der Meinung sind, dass Faschismus und Rassismus (auch faschistische und rassistische Organisationen) per Dekret nicht aus der Welt zu schaffen sind;
- weil wir nicht auf diesen rassistischen Staat, sondern auf unsere eigene Kraft als AntifaschistInnen und AntirassistInnen setzen.

Wenn sich der Antifaschismus nur in Verboten erschöpft, werden nur die faschistischen/neonazistischen Organisationen in ihrer äußerlichen Form bekämpft, nicht aber deren gesellschaftliche Wurzel. Die früheren Verbote der neonazistischen Organisationen hatten nur für kurze Zeit eine Wirkung. Solche Organisationsverbote liefen durch die Umorganisation der FaschistInnen und Neonazis ins Leere und sie werden es in Zukunft auch tun.

Die deutsche Abschiebe- und Asylpraxis hat zumindest seit der Grundgesetzänderung von 1993 eine gewisse Kontinuität. "Ausländergesetze", "Asylgesetze", "Asylbewerberleistungsgesetze", Flughafenverfahren sind nur ein Teil der staatlichen Praxis, die für die Taten des faschistischen Mobs Rechtfertigung schafft.

Ist es möglich, dass so ein rassistischer Staat für einen antifaschistischen und antirassistischen Kampf eine Hilfe sein kann? Ist es möglich, dass ein Staat, der seit Jahren offene oder getarnte faschistische, rassistische, nationalistische

Verbände mit Millionen DM bezuschusst, konsequent gegen Neonazis angehen kann?

Wir meinen: Nein! Deswegen sagen wir: Ein konsequenter Kampf gegen Faschismus und Rassismus kann nicht ohne Offenlegung und Bekämpfung des staatlichen Rassismus erfolgreich sein.

"Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen."

(Max Horkheimer, 1939)

Faschismus und Rassismus fallen nicht vom Himmel, ihre Wurzeln liegen in der Gesellschaft. Abgesehen von den fixen Wahnvorstellungen, einer biologischen ("rassistischen") Überlegenheit oder ethnisch-nationalistischen Leitkulturvorstellungen, liegen die Wurzeln des Rassismus und Faschismus in der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft.

Für die Krise der Gesellschaft, z. B. Arbeitslosigkeit, wird nicht die ausbeuterische Logik des Kapitalismus, sondern die "Anderen", "Fremden", MigrantInnen, Juden und Jüdinnen verantwortlich gemacht. Diese einfache Scheinlösung in Verbindung mit der rassistischen staatlichen Praxis machen diese Ideen gesellschaftsfähig, was letztendlich zum Rassismus und von da aus potentiell zum Faschismus führt.

Wir meinen deswegen: Nur die Lösung der existierenden gesellschaftlichen Probleme kann die Wurzeln des Faschismus und Rassismus beseitigen. Dies ist nur möglich durch die Überwindung des Grundübels, des Kapitalismus. Für uns sind Antifaschismus und Antikapitalismus nicht verschiedene Paar Schuhe, sondern *ein Paar* notwendige Schuhe, das wir auf dem Weg zum Sozialismus unbedingt brauchen.

Naziorganisationen zerschlagen!

Den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus bekämpfen!

Kampf dem Rassismus und Faschismus in den Betrieben, Schulen und auf der Straße!

Offene Grenzen und gleiche Rechte für alle!

Für eine von Staat und Kapital unabhängige, kämpferische und antikapitalistische Bewegung gegen Rassismus und Faschismus!

Wer wir sind und was wir wollen:

Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb tritt der RSB aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse ein. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Wenn du Fragen hast, mit uns diskutieren willst oder bei uns mitarbeiten möchtest, dann melde dich doch mal!



Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale

Kontaktadresse in Köln: RSB-Köln, c/o Inprekorr, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln

e-mail: koeln@rsb4.de